

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Zacher

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. -- Preis: Bei der Post bestellt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Restamt-zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 56.

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 7. März 1919.

Jahrgang 1.

Was gab es doch auf Erden,
Wer hielt den Jammer aus,
Wer müßt' geboren werden,
Siehl's du nicht droben Haus!
Du bist's, der, was wir bauen,
Mild über uns zerbricht,
Dah wir den Himmel schauen —
Darum, so klag ich nicht.

Joseph v. Eichendorff.

Der Ernst der Lage.

Am 25. Februar erließ E. Barth im „Vorwärts“ einen dringenden Aufruf zur Einberufung eines Parteitagcs der Mehrheitssozialisten. Die Revolution habe der Partei eine solche Fülle von Macht gegeben und damit soviel Pflichten auferlegt, daß es nötig sei, die Arbeiterschaft wieder fester in die Organisation einzufügen, um sie auch dann fest in den neuen Pflichtenkreis einspannen zu können. Das Gefüge der Organisation sei während der ganzen Revolutionszeit durch nichts gefestigt worden und es bestände die Gefahr des Absterbens der zentralen organisatorischen Kräfte. In der Partei werde fortgewirrt und dabei erlebe man eine bedrohliche Desorientierung der Parteiangehörigen in allen Teilen des Reiches. Die Einheitlichkeit der Parteihaltung zu sichern, sei nur möglich durch schleunigste Einberufung eines Parteitagcs.

Wie weit Gewitterstimmung in den Parteikreisen vorhanden ist, geht auch aus folgender Zuschrift hervor, die der „Vorwärts“ veröffentlicht:

Ein Gewitter ist im Anzuge. Die Sturmzeichen, die sich im Süden des Reiches zeigen, drohen auch auf andere Gebiete und von neuem nach Berlin überzuspringen. Gewitterwolke lastet wieder über Berlin. Eine steigende Erbitterung ergreift die Massen, diese erzeugt eine Hochspannung, die in kurzer Zeit zur Entladung drängt. So ungefähr ist heute die politische Situation.

Was sind nun die Ursachen dieser drohenden Entwicklung, die den weiteren Kräfteverfall und damit den unvermeidlichen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zur Folge haben müssen? Es ist das Recht und die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten auszusprechen, daß der Arbeiter mit dem bisherigen Entwicklungsgang der Revolution und den gezeigten Ergebnissen gerade in bezug auf Arbeiterfragen nicht zufrieden sein kann, selbst wenn man anerkennt, daß ungeheure Schwierigkeiten vorhanden sind, die einem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und eines neuen Reichsgebäudes sowie dem sozialen Ausbau hemmend entgegenwirken.

Es ist ein tragisches Geschick, daß gerade die Sozialdemokratie es ist, die den jämmerlichen Bankrott der alldeutschen Schwerindustriellen und verwandter Kapitalkreise übernehmen mußte. Es ist ein tragisches Geschick, daß durch die Uneinigkeit des Proletariats dieselben Kreise nicht wieder zusammenschließen können, die jedem Fortschritt, auch dem kleinsten, kämpfend entgegentreten. Wer angenommen hat, daß die Kapitalisten, diese Könige und Autokraten im Arbeiterreich, auch nur einen Hauch der neuen Zeit verspürt haben, der befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Wir erleben es, daß durch paßlose Resistenz, Stilllegung der Betriebe und sonstige Maßnahmen dieser Kreise noch mehr Verwirrung in das Wirtschaftsleben getragen wird, in dem Moment, wo nicht die fetten Verdienste wie während des Krieges mühelos eingestrichen werden können. Wir erleben es, daß diese Kreise den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht, das elementarste aller demokratischen Forderungen, vorenthalten.

Den Arbeitern wird zugemutet, auch weiterhin Hörige der Industriekönige zu bleiben und sich ihrem autokratischen Regiment zu fügen.

Wer sieht, welch eine Summe von Erbitterung in allen Arbeitern, ob Hand- oder Kopfarbeiter, aufgespeichert wird, der kann es nicht verstehen, daß nicht durch ein Notgesetz oder eine Verordnung der berufenen Stellen schnellstens Abhilfe geschaffen wird. Ich behaupte, daß dadurch vielen Streiks, die sich dann in Lohnforderungen Luft machen, der Boden entzogen worden wäre, denn letzten Endes müssen diese Fragen, da es Machtfragen sind, wenn auf keine gesetzliche Regelung gerechnet werden kann, bis zur Entscheidung durchgekämpft werden.

Es kann also nicht wunder nehmen, wenn die Frage des Mitbestimmungsrechtes als Grundforderung bei den in Kürze zu erwartenden neuen wirtschaftlichen Kämpfen erneut in den Vordergrund treten wird.

Die Hoffnung der Arbeiter auf die Nationalversammlung ist rapide gesunken und nicht wieder gut zu machen. Der Pessimismus hat Platz gegriffen. Es dürfte erwartet werden, daß Notgesetze über die Fragen des Wohnungswunders, Lebensmittelbewirtschaftung, Arbeitsfragen, Siebelungsfragen, Verbesserung des Arbeiterrechts, Demokratisierung der Betriebe als das allernotwendigste beraten und zur Durchführung gebracht werden, damit hätte man sich die Popularität selbst bei denen gesichert, die abseits standen, und Beruhigung ins Volk getragen. Statt dessen hält man Reden über ganz andere Dinge und gibt detaillierte Fingerzeige über die Besteuerung, die in Angriff genommen werden sollen, die es rechtzeitig ermöglichen Vermögensverschiebungen nach dem Auslande zu bewerkstelligen. Es ist doch kein Geheimnis und in den weitesten Kreisen bekannt, daß selbst durch Motorboote Werttransporte nach dem Auslande vorgenommen wurden.

Als am 6. Januar die Arbeiter schützend das Reichskanzlerhaus gegen die irregulierten Genossen umstanden, da haben sie freudig bemerkt das Gelächern des Genossen Scheidemann entgegengenommen, daß durch die Nationalversammlung durch das demokratische Prinzip den gerechten Forderungen der Arbeiter zum Siege verholfen wird.

Wenn unsere Genossen in der Regierung trotz der demokratischen Mehrheit nicht mal die demokratischen Forderungen während der verflochtenen Wochen klar präzisieren bekanntgeben konnten, dann ist es an der Zeit, offen auszusprechen, daß zur Freiwerdung der negativ wirkenden Kraft die Regierungsmitglieder unbedingt zurücktreten müssen in logischer Konsequenz nach parlamentarischen Regeln. Dann werden nur diejenigen wieder die Verantwortung tragen, die uns ins Unglück gestürzt haben. Die Abrechnung des gesamten Proletariats wird dann mit elementarer Gewalt über diejenigen hereinbrechen, die jetzt aus Hartnäckigkeit und ererbter Behäbigkeit glauben, dem Volk auch weiterhin alles bieten zu können.

Noch ist es Zeit zur Umkehr, noch ist eine Frist gegeben, andere Wege einzuschlagen und dem Arbeiter das zu geben, worauf er auf Grund seines Lebens und Menschenrechtes zumindest — Anspruch hat.

Tut man es nicht, so wird man auf der anderen Seite einst die versuchen, die diese Warnung nicht beherzigt haben.

Auslandsneigungen in der Landwirtschaft?

Die Auslandsbewegung unter den Bergarbeitern kann viel schlimmere Folgen zeitigen, als man sich in den Städten klar macht. Denn noch weit gefährlicher als der Bergarbeiterstreik würde eine Einstellung der Lieferungen von Seiten der Landwirtschaft sein, und mit dieser Gefahr muß jetzt ernstlich gerechnet werden. Die Erbitterung der

Landwirte ist riesengroß, und die Einstellung aller Lieferungen an Korn, Fleisch, Milch, Butter, Eiern usw. wird selbst von den ruhigsten Landwirten ernstlich erörtert. Wenn man sie auf die Folgen hinweist, bekommt man die Antwort, daß nur auf diesem Wege Besserung zu erreichen sei. Auch der Bauer müsse mal zeigen, daß er sich nicht ungerecht mißhandeln lasse. In zahlreichen Gemeinden haben die Gemeindevorsteher und die Viehablieferungs-Kommissionen bereits ihre Tätigkeit eingestellt, und die Landwirte haben beschlossen, Vieh nur noch bei Anwendung von Zwang herauszugeben. Wie die Stimmung ist, das geht zur Genüge aus dem nachstehenden Schreiben eines Gemeindevorstehers hervor. Es lautet:

„Nach der letzten Verfügung soll die Gemeinde 12 Kopf Großvieh für die Monate Februar, März und April abliefern. Die Viehablieferungskommission ist nicht mehr in der Lage, das Vieh aufzubringen. Ich als Vorsitzender der Kommission lege hiermit den mir übertragenen Posten nieder, weil ich nicht will, daß sich die Empörung der Landwirte und Viehbesitzer gegen mich, der ich Vorsteher der Gemeinde bin, wendet. Die Landwirte, große und kleine, können kein Vieh, wenigstens vorläufig nicht, mehr abgeben, weil nur noch Kühe und Kälber vorhanden sind, mit Ausnahme weniger Bullen und Kinder, die jetzt abgeliefert werden; dazu kommt noch, daß das Gesamtvieh an Unterernährung leidet. Wenn man aber sieht und hört, daß in anderen Ämtern und Kreisen noch Vieh in großer Anzahl vorhanden ist, Kreis X., warum kann dann kein Ausgleich stattfinden? Warum muß ein Amt Y. gegenüber anderen mehr liefern? Wir hier sind so weit gekommen, daß wir größeren Landwirte auf 15 Morgen noch ein Stüd Großvieh haben, eingerechnet Kälber, 2 Kälber ein Großvieh. Ich speziell habe, da ich Dienstag wieder ein tragendes Kind abgebe, noch auf 16 Morgen ein Stüd Großvieh. Die kleineren Landwirte, die etwas besser wegkommen, auch mit Recht, können aber aus anderen Gründen auch nicht mehr liefern, der eine hat Zugfüße, der andere hochtragende Kühe und Kälber.“

Ich bin heute mit der Viehkommission von Stall zu Stall gegangen, und wir haben konstatieren müssen, daß jetzt kein Vieh mehr herauszubringen ist. Es sei denn Milchkuhe. Mit Mühe und Not sind 12 Stüd aufnotiert, ob die Viehbesitzer aber abliefern, ist eine große Frage. Auch die anderen Herren der Viehablieferungs-Kommission weigern sich, weiter zu arbeiten. Die Erbitterung wäre zu groß, und ich muß sagen mit Recht. Das Volk will und soll Fleisch haben, aber das Volk soll auch arbeiten. Arbeiten soll aber nur noch der Landwirt und abgeben, und jetzt noch in erhöhtem Maße.

Die Aufzucht ist teuer, die Vergütung für das abgelieferte Vieh im Verhältnis zum Wert zu gering. Die Folge keiner Aufzucht. Resultat: noch weitere Zwangslieferungen, viehlose Wirtschaften, keine Ernten. Ich erkläre hiermit, daß ich als Gemeindevorsteher keine Verantwortung mehr übernehmen kann, wenn sich Landwirte weigern, Vieh abzuliefern. Das Milchvieh muß geschont werden, wenn dazu übergegriffen wird, dann sind wir ruiniert. Was die Folge? Hungersnot!

Die Gründe für diese erbitterte Stimmung sind, abgesehen von der allgemeinen Verärgerung über die Zwangswirtschaft und das Treiben der A. u. S.-Räte, verschiedener Art. Zunächst ist es die verfassungswidrige Neuordnung der Gemeindevertretungen und der Kreistage, die den Bauern jeden Einfluß in wirtschaftlicher Beziehung nimmt. Fünf Jahre lang, so sagen sie, haben wir unser Möglichstes getan, und zum Dank dafür werden wir jetzt an die Luft gesetzt. Große Erregung hat auch die von sozialdemokratischer Seite verlangte Aufhebung der Selbstversorgung hervorgerufen, eine Maßregel, die allerdings dem Faß den Boden ausschlagen würde. Die Hauptsache aber ist die erhöhte Viehablieferung infolge der Erhöhung der Fleischration. Diese Mehrlieferung ist nur möglich bei einem weiteren tiefen Eingriff in die Milchviehbestände, der wiederum die Milchversorgung der Städte gefährden würde. Fleisch- und Milchlieferung aber werden wieder beeinträchtigt durch große Heulieferungen, die dem Lande aufgelegt sind, und dadurch wird den Bauern das letzte Futtermittel entzogen, ohne daß es weder Fleisch noch Milch gibt. Hier fehlt es an einem Zusammenarbeiten der Behörden. Die eine verteilt auf dem Papier Fleisch, die

zweite Milch und die dritte Heu, und keine kümmert sich um die andere.

Die Stimmung unter den Landwirten ist so gereizt, daß es nur noch eines äußeren Anstoßes bedarf, und der Streik ist da. Und was dann? Wie soll die Landwirtschaft durch Ablieferung ihrer Produkte gezwungen werden? Wir stehen also, wenn die Landwirte ihre Drohungen wahr machen sollten, vor einer Riesentatastrophe, vor der wir hiermit gewarnt haben möchten.

Deutschlands Not und die Entente.

Eine ernste Mahnung.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ veröffentlicht in Sperrdruck, also in der Form der Regierungsaussagen, folgende Auslassung:

Die deutsche Reichsregierung kennt den Ernst der gegenwärtigen Lage. Aber sie verkennt auch die Gründe nicht, die diese Lage herbeigeführt haben und sie fortwährend verschärfen. Das deutsche Volk ist von Natur nicht zu wilden Streiks und Unruhen veranlagt. Aber ein Volk, das, Jahre hindurch kämpfend, Unendliches geduldet und geopfert hat, und trotz aller Leistungen sich geschlagen sieht, ein Volk, das den Frieden gesucht hat, und trotz des Waffenstillstandes sich mit den Waffen der Hungerblockade und immer neuer entehrender Bedingungen bekämpft sieht, — ein solches Volk wird im Innern krank.

Die gegenwärtigen Unruhen, der Terror und die alltäglichen Verbrechen sind Krankheiten des sozialen Körpers, denen er nicht zu widerstehen vermochte, weil er durch Entbehrungen und Blutverlust geschwächt war. Das deutsche Volk wird nur genesen, wenn man ihm Rohstoffe gibt, damit es arbeiten kann, und Nahrungsmittel, damit es leben kann.

Beides verweigern uns die Feinde. Der tiefste Grund der gegenwärtigen Krise und der verbrecherischen Handlungen, die hier geschehen, liegt in ihrem Verhalten. Sie sollten angesichts dieser Ereignisse bedenken, daß es gegen Völkerecht und Menschlichkeit ist, einen gefallenen Gegner hilflos am Boden liegen zu lassen. Sie sollten aber auch bedenken: je schwächer Deutschland wird, um so mehr wird seine Widerstandskraft gegen den Bolschewismus geschwächt.

Je schärfer sie im Westen die Schraube anziehen, um so offener wird der Osten für das Eindringen bolschewistischer Ideen. Kommt aber der Bolschewismus, so macht er nicht an unseren Grenzen halt. Der Bolschewismus ist eine Krankheit, aber eine ansteckende Krankheit. Und es ist gefährlich, Nachbar eines Hauses zu sein, in dem die Pest ist. Dies geben wir unseren Feinden zu bedenken, bevor sie über den neuen Waffenstillstand beschließen.

Aus der Waffenstillstands-Kommission.

Um den in steter Zunahme begriffenen alliierten und interalliierten Kommissionen in Berlin einen sicht-

Aufgaben und Ziele der evangelischen Arbeiterinnenvereine.

Von Maria Schirmer-Bethel bei Bielefeld.

Darum will der Arbeiterinnenverein die junge Arbeiterin zur denkenden, geistig ebenbürtigen Lebensgefährtin des Arbeiters heranzubilden helfen. Ihre Ausbildung und Aufklärung in diesem Sinne sichert ihr nicht nur den ihr gebührenden Einfluß auf ihren Mann und ihre Söhne, sondern lenkt ihn auch in die rechten Bahnen. Der Einfluß der ernstlich christlich gesinnten, denkenden und verstehenden Arbeiterfrau auf die Arbeiterfamilie ist für unser gesamtes Volksleben von ungeheurer Bedeutung. Rechte, echte Mütter brauchen wir im Arbeiterstand, darum ist die Befähigung der Arbeiterin für ihre Aufgaben als Mutter in der Arbeiterfamilie von großer Bedeutung. Ziel der Vereinsarbeit in dieser Beziehung soll sein, die Kräfte der geistigen Mütter, die in jeder Frau schlummern, oft aber durch das Erwerbsleben verkümmert sind, zu wecken und zu veredeln. Nicht nur Unterweisungen in der Pflege des Säuglings und körperlichen Pflege des Kindes überhaupt sind darum zu geben, wichtiger ist eine gründliche Belehrung über die Erziehungsaufgaben der Mutter. Ist volles Verständnis auch erst bei denen zu finden, die schon Mutter geworden sind, so wollen die Arbeiterinnenvereine auch schon bei der jungen Arbeiterin Interesse für die Welt des Kindes, Verständnis für die Kindesseele wecken. Die Arbeiterinnen sind der größte Teil der künftigen Mütter unseres Volkes. Ihnen zu helfen, daß sie rechte Mütter werden, ihnen die Kenntnisse für die Pflege und Erziehung des Kindes zu übermitteln, Mutterförmigkeit und Mutterart in ihnen zu wecken, betrachten die evangelischen Arbeiterinnenvereine als ernste und unabwiesbare Pflicht, wichtige Aufgabe und hohes Ziel.

Bei unseren Arbeiterinnen fehlt es leider oft noch sehr an dem Eintreten für ihren Stand, an rechtem Standesbewußtsein. Die evangelischen Arbeiterinnenvereine wollen die Arbeiterin schulen zum Eintreten für ihre Sache, zur Erfassung der Pflichten ihrer Mitarbeiterinnen, ihrem ganzen Stande gegenüber. Sie haben die Hebung des Arbeiterinnenstandes in ideeller und sozialer Beziehung auf ihre Fahne geschrieben, sie ziehen zur Lösung dieser Aufgaben die Arbeiterinnen selbst heran. Sie suchen sie zu schulen auf allen Gebieten der Standesfragen, sie zu befähigen, ihre Standesinteressen vertreten zu lernen in Versammlungen, in den Krankenkassen, an den Gewerbe-

ren, Fernsprege- und Telegraphenverkehr mit Frankreich zu gewährleisten, schlug Rudant der deutschen Kommission im Auftrage Hochs vor, verschiedene Telephon- und Telegraphenleitungen in Deutschland, sowie internationale Anschlüsse wiederherzustellen, die vor dem Kriege bestanden haben. Die Leitungen, welche unabhängig von den deutschen Verbindungen sein würden, sollen nur von einem Personal bedient werden, das den alliierten Regierungen untersteht.

Der Vertreter der deutschen Regierung richtete an die Alliierten das schriftliche Ersuchen, die

Einfuhr von Fischen

aus den neutralen Ländern nach Deutschland freizugeben, die zurzeit nur in beschränktem Maße zugelassen ist. In dem Schriftstück wird insbesondere darauf hingewiesen, daß eine erhöhte Fischeinfuhr vor allem aus Holland den besetzten Gebieten Deutschlands zugute käme, und daß Norwegen infolge guter Fänge Deutschland weit über das bisherige Maß hinaus mit Fischen beliefern könnte, die dort zum Teil nur dem Verderben ausgehört seien.

Der amerikanische Vertreter setzte die deutsche Kommission in Kenntnis, daß den in amerikanischen Händen befindlichen

Deutschen Kriegsgefangenen

Erleichterungen im Postverkehr zugestanden worden sind. Die Zahl der Briefe und Karten, welche die Gefangenen abgeben dürfen, sind nach seiner Mitteilung nicht mehr beschränkt. Die Gefangenen sollen alles verfügbare Briefpapier unterschiedslos gebrauchen können. Es soll ihnen ferner gestattet sein, der Heimat ihren Aufenthaltsort und die Art ihrer Beschäftigung mitzuteilen.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung brachte am Dienstag die erste Lesung der Verfassungsvorlage zu Ende.

Abg. Gents (N. Soz.): Die neue Verfassung spiegelt wieder, daß der Kapitalismus weiter in Deutschland herrscht. Im blinden Haß gegen die revolutionären Kräfte wird eine neue Militärmacht geschaffen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. In ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse benutzt die provisorische Regierung das Mittel des alten Regimes, den Belagerungszustand. Die Arbeitermassen sind unzufrieden, weil sie sehen, daß dieser angeblich neue Staat der Fesseln der kapitalistischen Herrschaft noch nicht ledig ist. Wir nähern uns einer Entwicklungsstufe, in der der Kapitalismus ein Hindernis der Produktion wird. Die jetzige so viel gepriesene Demokratie ist eine Demokratie der Reichen. In der Nationalversammlung wird zu viel geredet, aber die Vollzugsorgane fehlen ihr. Die Arbeiterklasse weiß ein besseres Mittel, ihre Interessen wahrzunehmen, das sind die Arbeiter- und Soldatenräte.

Abg. Dr. Strejmann (D. Fp.): Wenn Herr Gents die Konsequenz aus seiner Rede zöge, dann müßte er mit seinen Freunden sein Mandat zur Nationalversammlung niederlegen. Wer der Auffassung ist, daß nicht die Nationalversammlung das Recht hat, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, wer einer ganz anderen Institution nicht nur die gesetzgebende, sondern auch die vollziehende Gewalt geben will, der befindet sich in einem Widerspruch mit sich selbst, wenn er überhaupt an diesen Arbeiten teilnimmt. Eins zieht sich durch alle unsere Verhandlungen als der Kernpunkt: das Problem Preußen-Deutschland. Da hört man immer und immer wieder die heftigen Angriffe gegen Preußen. Früher wurden diese Angriffe erhoben unter Hinweis auf das preußische Wahlrecht, auf die konservative Bürokratie Preußens. Aber das

gerichten, in den Arbeiterausschüssen usw. Sie fördern die Interessen des Arbeiterinnenstandes durch Eingaben und Gesuche an Behörden und gesetzgebende Körperschaften, durch Beteiligung der Mitglieder bei den Wahlen zu den Krankenkassen, zu den Arbeiterausschüssen, durch Mitarbeit auf dem Gebiete der Volksernährung und der Wohnungsfrage. In Vorträgen, Lehrgängen und Besprechungen machen sie die Arbeiterinnen vertraut mit den Arbeitergesetzen, bekannt mit den wichtigsten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, klären sie auf über die Aufgaben der Gewerbeaufsicht u. a. m.

Eine besondere Aufgabe erwächst den Arbeiterinnenvereinen durch die Stellungnahme zu den Gewerkschaften. Sie suchen den Mitgliedern klar zu machen, daß die Gewerkschaftsbewegung eine Bewegung zur Hebung ihres Standes ist, und die Mitarbeit der weiblichen Angehörigen dieses Standes fordert im Interesse der Arbeiterinnen selbst, wie im Interesse ihrer Familie und ihrer Kinder. Es ergibt sich von selbst, daß die evangelischen Arbeiterinnenvereine ihren Mitgliedern raten, sich bei den christlichen Gewerkschaften zu organisieren. Sie geben Vertretern und Vertreterinnen derselben Gelegenheit, in den Versammlungen über Aufgaben und Ziele der christlichen Gewerkschaften aufzuklären, und betonen unermüdlich die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Auch das Streben nach beruflicher Tätigkeit suchen sie zu wecken und zu fördern, wollen helfen, daß der Arbeiterin das Bewußtsein von der volkswirtschaftlichen Bedeutung ihrer Arbeit aufsteht, daß das Verantwortungsgefühl in ihr gestärkt, der Wille zu bestmöglicher Leistung und gewissenhafter Erfüllung, auch der unscheinbarsten Arbeit, wachgerufen und damit dem unheilvollen Einfluß der gleichförmigen, mechanischen Tätigkeit ein Damm entgegengekehrt werde.

Der Bekämpfung der Gefahr der geistigen Verflachung und Abstumpfung durch die mechanische Tätigkeit in der Fabrik und der dadurch bedingten Sucht, ein Gegengewicht durch Teilnahme an rauschenden Vergnügungen aller Art zu schaffen, dient auch die geistige Förderung der Mitglieder im evangelischen Arbeiterinnenverein. In Versammlungen, Vorträgen und Besprechungen soll für die Entfaltung der geistigen Persönlichkeit Sorge getragen werden. Was unser deutsches Volk an Geistesgaben erworben hat auf dem Gebiete der Literatur, der Wissenschaft und Kunst, das will der evangelische Arbeiterinnenverein den Arbeiterinnen, ihrem Verständnis und ihrem Fassungsvermögen angepaßt, zugänglich machen, auf daß sie geistig emporwachsen

alles besteht doch nicht mehr, und Preußen ist heute ebenso eine demokratische Republik, wie irgend ein anderer Staat in Deutschland.

Die Berliner Vorherrschaft

mit ihrer Mechanisierung wird nicht nur im Süden, sondern auch im Westen unlesbar empfunden. Aber Köln und Düsseldorf konnten sich auch unter der preußischen Monarchie zu besonderen Mittelpunkten der rheinischen Kultur entwickeln. Dazu bedarf es nicht erst einer rheinischen Republik. Was für die Rheinrepublik gilt, gilt erst recht für Niedersachsen. Die Begründung, die der Forderung nach einer solchen Republik gegeben wurde, ist aber auch sachlich falsch. Man hat so getan, als ob es sich bei Hannover um eine Bevölkerungsinsel handelte, die von einem fremden Volke mit Gewalt unterjocht wurde. (Zuruf b. d. Welsen: So ist es! — Große Unruhe.) Das ist unrichtig. Das hannoversche Volk ist nicht von Haß gegen Preußen erfüllt. Hannover hat durch den Anschluß an das lebensstarke Preußen auch sehr viel gewonnen. Man sollte dem Himmel danken, daß noch so viel alte Beamte seit dem 9. November geblieben sind, welches Chaos wäre sonst entstanden. (Sehr richtig! rechts.)

Reichsminister Dr. David: Ich habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, als ob man über der Kritik das Große, Gute und Wertvolle vergißt, das uns diese neue Verfassung bringt. Die republikanische Staatsform, die darin festgelegt wird, ist doch keine Kleinigkeit. Die 22 Kronträger, die die Monarchie in Deutschland so stark verankerten, machen es jetzt gerade den Monarchisten außerordentlich schwer, die Monarchie wiederherzustellen, denn man müßte sie ja alle 22 wieder herbeiholen. Die Hohenzollern hatten vielleicht im Osten Preußens eine starke Unabhängigkeit, im Westen schon weniger, und im übrigen Deutschland möchte ich den sehen, der die Volksabstimmung für die Wiedereinführung der Hohenzollern gewinnt. (Auf rechts: Abwarten! Lachen bei der Mehrheit.) In Zukunft wird die Reichstagswahl auch eine Regierungswahl sein. Auch die Minister müßten jetzt ihre Politik in Volksversammlungen vor den Wählern rechtfertigen. Jetzt erst haben wir eine wirkliche Reichsregierung. So wenig das Christentum etwas taugt, das aus Kanonensünden gepredigt wird, so wenig taugt der Sozialismus, der den Menschen mit Maschinengehirnen aufgezogen werden soll. (Sehr richtig! und lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die erste Besprechung der Verfassungsvorlage.

Die Verfassungsvorlage wird an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen.

(Sitzung am Mittwoch, den 5. März, nachmittags 3 Uhr.)

Am Regierungstisch: Scheidemann, Erzberger, Landsberg.

Eingegangen ist der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes und ein Gesetzentwurf betreffend Regelung der Kohlenwirtschaft. Die Interpellation Arnstadt betreffend Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe wird abgelehnt, nachdem Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß die Regierung die Interpellation später beantworten wird.

Es folgt die Interpellation Arnstadt betreffend

die Zustände in der Provinz Posen.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Frau Abg. Dr. Schirmer (Dn. Fp.): Die Begründung der Interpellation liegt in der Not und Gefahr der Ostmark, diese Not der Ostmarken ist sogar noch größer als die der Westmarken, denn in den Ostmarken ist heute noch Krieg, die Polen haben trotz des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten nicht ein-

und fähig werden, an den geistigen Fortschritten ihres Standes teilzunehmen.

Wie jeder Mensch, so hat auch die Arbeiterin ein Bedürfnis und ein Anrecht auf Freude, und jede Arbeiterin sucht und findet eine Unterhaltung. Darum, daß sie nicht sucht im dunstigen Bierlokal, auf lockeren Tanzböden, in anstößigen Theater oder Kino, daß sie sie nicht genießt bei schlechter Lektüre, was jeden Sinn für höhere Freude in ihr ertötet, ihre Gesundheit schädigt, sie in ihrer ohnehin geringen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit schwächt, soll im evangelischen Arbeiterinnenverein reine, echte Freude auf sie einwirken, dem berechtigten Streben ihres Standes nach den Kulturgütern der Menschheit, dem Sehnen nach Schönheit, nach Freude, nach Kunst Rechnung getragen werden. Durch praktische Einrichtungen verschiedener Art wollen die Vereine die wirtschaftlich schwache Arbeiterin zu stützen suchen. Sorgen sie durch hauswirtschaftliche Kurse für eine gute Aus- und Fortbildung ihrer Mitglieder in allen Zweigen der Hauswirtschaft, leiten sie sie an zu sparsamer Wirtschaftsführung und richtiger Einteilung des Wirtschaftsgeldes, so bieten sie damit der Arbeiterfrau und dem jungen Mädchen, das einmal einen Arbeiterhaushalt versorgen soll, eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Hilfe. Gemeinsamer Einkauf von Lebensmitteln, Bekleidungsstoffen und Kohlen kommt in erster Linie für die verheiratete Arbeiterin in Betracht, während die Einrichtung von Sparkassen und die Volksversicherung der evangelischen Arbeiterinnenvereine von Bedeutung für alle Mitglieder ist. Manche Vereine richten Mittagstische, Wohnheime und Abendheime für allein stehende Arbeiterinnen ein und verschaffen ihnen billige Erholungsgelegenheiten.

Die Erfüllung der Aufgaben und die Errichtung der Ziele der evangelischen Arbeiterinnenvereine erfordert das Einsetzen der ganzen Kraft, ernststen Willens und treuester Hingabe aller derer, die mitarbeiten wollen. Sie verlangt eine gründliche Kenntnis des Volkslebens und des Volkscharakters, verlangt ein nüchternes, klares Ansehen der Arbeit in echter Volkstümmlichkeit und das verständnisvolle Eindringen in die Arbeiterinnenseele. Nur wo tiefes Verständnis ist für die Bedürfnisse der Arbeiterinnen und die Bedeutung der Arbeiterfrau für Familie und Volksleben klar erkannt wird, können die Aufgaben erfüllt, die Ziele erreicht werden. Es ist dringend zu wünschen, daß das Interesse und Verständnis für die Arbeiterinnensache wächst, und die Arbeit tatkräftig gefördert wird.

gelebt. Demokratie eine Schö-

Diese sie hat d schäften m den Polen des Abkom ihre Offen für die P Deutschen beschränkt. Unser Vol (Beifall r geblät gef lassen bei bieten be deutschen namen u Und ei

beständliche Kriege an kehren jeh Clement a weisen zu von Becht bei spukt der Demar Die G

parteilich, leit der V Seet erst unsere Vol schen werde wird alles ler enteign

sind noch von ihrem Ausrichtung, bemsittel Kongressp spiel auch Polen hat alten Deut wir aber stande war werfen, ha tig! rechts Westpreuße gründet, i fichen. Ja zu tun u

Reichs pont vera Reiten auf Parteien, Offiziere, c markations Schukes d markations achtung der pont hat eingutreten, ten dieser

Die 2

hat sich in Immerhin schon mit rechnen. C Streikenden Besserung In dem M nicht mehr der Stellun Rede. Es der Regier Möglichkeit sachlichen B Die ge fest nicht f teilweise g mittleren B streit ist r Gewerben, sich dem C

Eine f sich zu Ver Weimar be das Ergebni vormittag Beirerräte v

An de Weimar ha tratie: Schö Bauer und Giesberts, Die Heberei Eine Stigm schlassen ein Die Be gungen:

Die W Interessene der Verfassu Ein Ge

Arbeiter demokratisch- to ben ist jofe Alle na Handlungen dem bürger

Die Ho Lebensm i gen Bvrische den an die Verbesserung gearbeitet.

ist in der Friedigung

uhen ist heute
ie irgend ein
ur im Süden,
pfunden. Aber
unter der
Mittelpunkten
zu bedarf es
Was für die
Niederachsen.
ach einer sol-
auch sachlich
ich bei San-
erjocht wurde.
roße Unruhe.)
Wollt ist nicht
vor hat durch
hen auch sehr
ammel danken,
9. November
st entstanden.
aus der De-
man über der
vergift, das
ie republika-
wird, ist doch
e die Monar-
n, machen es
entlich schwer,
an müßte sie
enzollern hat-
starke Anbän-
im übrigen
die Volksab-
Hohenzollern
bei der Mehr-
ahl auch eine
müßten jetzt
or den Wäh-
r eine wirt-
christentum et-
predigt wird.
den Menschen
werden soll.
bei den So-
ng der Ber-
men Ausschuf-
mittags 3 Uhr.)
Erzberger,
s Soziali-
tur befür-
Die Inter-
au der wä-
wählten Be-
äsident Schei-
e Interpellä-
dt betreffend
osen.
alt das Wort
f. Sp.): Die
der Not und
en ist sogar
enn in den
n haben trotz
n nicht ein-
ritten ihres
terin ein Be-
de Arbeiterin
n, daß sie sie
oderem Tanz-
ß sie sie nicht
n für höhere
n für höhere
Widerstands-
Arbeiterinnen-
dem berechtig-
urgütern der
Freude, nach
raktische Ein-
ine die wirt-
e Sorgen sie
e Aus- und
en der Haus-
chaftsführung
es, so bieten
Mädchen, das
eine nicht zu
umer Einkauf
ohlen kommt
in Betrach-
d die Volks-
vereine von
eine richten
für allein-
hnen billige
richtung der
erfordert das
und treuester
Sie verlangt
des Volks-
Anfassen der
ständnisvolle
tiefes Ver-
nen und die
Volksleben
lt, die Ziele
daß das In-
schache wächst

gestellt. Dieses Waffenstillstandsabkommen zog eine Demarkationslinie auf deutschem Boden, die wir als eine Schmach empfinden.

Diese Demarkationslinie ist schlecht gezogen, denn sie hat deutsche, in deutscher Hand befindliche Ortschaften mit einbezogen. Außerdem aber wird sie von den Polen nicht einmal beachtet. Nach dem Wortlaut des Abkommens sind die deutschen Truppen verpflichtet, ihre Offenstrebungen gegen die Polen einzustellen, für die Polen besteht eine solche Bindung nicht. Die Deutschen sind durch das Abkommen auf die Abwehr beschränkt, den Polen aber ist der Angriff erlaubt. Unser Volk will verteidigt sein von unserer Regierung. (Beifall rechts.) Zehntausende sind aus dem Kampfgebiet geflüchtet, ihre ganze Habe haben sie zurücklassen müssen. In den von den Polen besetzten Gebieten besteht keine deutsche Verwaltung mehr. Die deutschen Hoheitszeichen sind entfernt, deutsche Straßennamen und Wegweiser werden polnisch gemacht.

Und dann beginnt jetzt eine Rückwanderung der im Westen befindlichen polnischen Bevölkerung, die man vor dem Kriege auf ungefähr 200 000 schätzte. Diese Leute kehren jetzt in die Ostmark zurück, um das polnische Element zu verstärken und bei einer Abstimmung beweisen zu können, wie stark polnisch Posen ist. Hunderte von Wehrkräften werden zum 1. April geländigt. Dabei spült die Angeberei in den Gebieten, die jenseits der Demarkationslinie liegen.

Die Gerichte sind einseitig mit Polen besetzt und parteiisch, daraus ergibt sich eine völlige Rechtlosigkeit der Deutschen. Die Aushebung zum polnischen Heer erstreckt sich auch auf Deutsche, man zwingt unsere Volksgenossen so zum Landesverrat. Die Deutschen werden zur Flucht getrieben und den Geflohenen wird alles geraubt, der Acker der deutschen Ansiedler enteignet.

Die deutschen Geiseln
sind noch nicht zurückgegeben. Alle Deutschen sollen von ihrem Einkommen 50 Prozent Steuern für die Ausrüstung des polnischen Heeres zahlen. Die Lebensmittel werden den Deutschen genommen und nach Kongresspolen ausgeführt. Soll dieses Posener Trauerspiel auch auf Westpreußen übergreifen? Die Polen haben erklärt: wir hatten Achtung vor dem alten Deutschland mit seiner starken Militärmacht, seit wir aber gesehen haben, daß tausend Matrosen imstande waren, die alte Regierung über den Haufen zu werfen, haben wir keine Achtung mehr. (Sehr richtig! rechts. — Unruhe links.) Die Polen haben in Westpreußen polnische Arbeiter- und Soldatenräte gegründet, die mit den Spartakisten in Verbindung stehen. Ich frage die Regierung: was ist sie gewillt zu tun und fähig? (Beifall.)

Reichsminister Erzberger: Es ist mit General Dupont verabredet, daß nicht allein die Feindseligkeiten aufhören sollen, sondern daß Offiziere beider Parteien, für die deutsche Heeresverwaltung deutsche Offiziere, abgehandelt werden, um Verletzungen der Demarkationslinie zu verhindern. Die Durchführung des Schutzes der deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie ist Gegenstand der besonderen Beachtung der Waffenstillstandskommission. General Dupont hat sich verpflichtet, bei den Alliierten dafür einzutreten, und Verhandlungen über die Einzelheiten dieser Frage finden heute in Bromberg statt.

Die Berliner Streikbewegung

hat sich in der Richtung einer Besserung entwickelt. Immerhin ist aber noch keine Ursache vorhanden, schon mit einem baldigen Erliegen des Streiks zu rechnen. Es ist wohl möglich, daß die Zahl der Streikenden noch zunehmen wird. Eine wesentliche Besserung ist jedoch in den Streikzielen zu sehen. In dem Mitteilungsblatt der Streikleitung war schon nicht mehr von einer Beseitigung der Regierung und der Stellung des Kaisers u. v. vor ein Gericht die Rede. Es wurde nur noch davon gesprochen, von der Regierung Zugeständnisse zu verlangen, die nach Möglichkeit gemacht werden könnten in bezug auf die sachlichen Forderungen.

Die genaue Zahl der streikenden Arbeiter ist bis jetzt nicht festzustellen gewesen. Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß in den Großbetrieben nur teilweise gestreikt wird, während die weitaus meisten mittleren Betriebe arbeiten. Ein Eisenbahn- und Poststreik ist noch nicht beschlossen. Eine Anzahl von Gewerben, wie z. B. das Buchdruckergewerbe, haben sich dem Streik bisher nicht angeschlossen.

Die Forderungen der Regierung.
Eine Kommission der Mehrheitssozialisten, die sich zu Verhandlungen über den Berliner Streik nach Weimar begeben hatte, ist zurückgekehrt und hat das Ergebnis ihrer Beratungen in einem Kommuniqué vom 10. Uhr der Mehrheitsfraktion der Arbeiterräte vorgelegt.

An der Beratung mit der Reichsregierung in Weimar haben teilgenommen von der Sozialdemokratie: Scheidemann, Landsberg, und teilweise auch Bauer und Wiffell, vom Zentrum: Erzberger und Giesberts, von den Demokraten: Preuß und Gothein. Die Uebereinstimmung ist einheitlich gefast worden. Eine Sitzung des Kabinetts hat sich mit den Beschlüssen einheitlich einverstanden erklärt.

Die Beschlüsse enthalten u. a. folgende Bedingungen:

Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert.

Ein Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeiterrecht mit dem Ziele der Schaffung demokratischer-konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

Alle nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch strafbaren Handlungen werden auch bei Militärpersonen dem bürgerlichen Gericht zugewiesen.

Die Regierung hat bereits angeordnet, daß die Lebensmittel unter Ausschaltung jedes unnötigen Zwischenhandels durch Vermittelung der Gemeinden an die Konsumenten verteilt werden. An der Verbesserung der Lebensmittelerfassung wird dauernd gearbeitet.

Der Bericht über die Beschlüsse
ist in der Fraktion der Mehrheitssozialisten mit Befriedigung zur Kenntnis genommen worden. Ein de-

mentarischer Entzug oder soll erst gesagt werden, wenn die gemischte Kommission der Berliner Arbeiterräte, der außer den Mehrheitssozialisten auch Vertreter der Unabhängigen angehören, und die sich Dienstag ebenfalls nach Weimar begeben hat, von dort zurückgekehrt sein wird, was spätestens Donnerstag früh der Fall sein wird.

Besehung der inneren Stadt.

Mittwoch morgen sind weitere zahlreiche Truppen eingetroffen und haben den ganzen inneren Stadtteil besetzt.

Eine Anzahl schwerer Tanks fuhr

durch die Alexanderstraße nach der Münzstraße, um die dortige Gegend von dem zahlreichen Gefindel zu befreien. Trotz aller Warnungen der Kommandantur sammelten sich immer wieder große Mengen von verbrecherischen Elementen auf dem Alexanderplatz an und versuchten durch Ueberredung die Militärpersonen, die in kleinen Streitrümpfen den Platz abgeben, von ihrer Pflicht abzubringen und nach erprobter Methode zu umzingeln und zu entwaffnen. Als bis 11 Uhr vormittags die Ansammlungen und Zusammenrottungen trotz des Belagerungszustandes noch eine Zunahme erfuhren, mußte der Platz mit Wassergewalt geräumt werden.

Als am Vormittag zehn Mann der republikanischen Soldatenwehr auf einem Kraftwagen durch die kleine Frankfurter Straße fuhren, wurden sie von Matrosen und Zivilpersonen angegriffen. Als die Soldaten Feuer gaben, zog sich die Menge zurück. Zwei der Angreifer sind schwer verletzt worden.

Neue Plünderungen.

Im Laufe der letzten zwei Tage sind durch Plünderer und Räuber überall schwere Ausschreitungen begangen worden, die sich vor allen Dingen gegen die Gold- und Schmuckwarengeschäfte richteten. Aus der großen Fülle von Anzeigen, die bei dem Polizeipräsidium eingelaufen sind, geht hervor, daß das geraubte Gut sich auf viele Millionen beläuft. Besonders im Norden und Osten der Stadt bis zum Zentrum herunter sind zahlreiche Geschäfte ausgeplündert worden.

Der Kampf gegen das Gefindel.

Bei dem Einzuge der Truppen zum Schutz des Polizeipräsidiums, die Dienstag mittag anrückten, versuchte eine tausendköpfige Menge auf dem Alexanderplatz die Truppen zurückzuhalten. Die letzte Gruppe wurde umzingelt, ihrer Bewehrung beraubt und sieben Mann sind spurlos verschwunden.

Die Truppen mußten schließlich von ihrer Schußwaffe Gebrauch machen und haben dabei einen Wachtmeister, einen Soldaten und einen Zivilisten getötet. Mehrere Personen haben Verletzungen erlitten. Das Polizeipräsidium erhielt in der späten Abendstunde weiteren Schutz durch Regierungstruppen und eine Feldartillerieabteilung mit 6 Geschützen, da die Zustände sich immer gefährlicher gestalten. Es wurde Dienstag abend versucht, in die

Feldartillerie des Alexanderregiments

einzudringen, doch konnte der Angriff unter schweren Verlusten des Gefindels abgeschlagen werden. Als man mit Gewalt nichts ausrichten konnte, versuchte man es mit Verhandlungen, aber auch dabei fanden die Massen keine Gegenliebe bei den Soldaten, zumal bekannt geworden war, daß die Besatzung eines Kraftwagens entwaffnet und mißhandelt worden war. Inzwischen waren Barrikaden im Zuge der Kaiser-Wilhelm- und Münzstraße, sowie am Bülowplatz unter Zuhilfenahme des dort lagernden Materials für den Bau der Untergrundbahn errichtet worden. In der König- und Panoramastraße, die in völliges Dunkel gehüllt waren, hielten sich größere Trupps, vor allem

Matrosen mit Handgranaten

auf, um die einziehenden Truppen zu überfallen, doch kam durch rechtzeitige Benachrichtigung der höheren Kommandostellen dieser Plan zum Scheitern. Spartakisten versuchten unter allen erdenklichen Verkleidungen in das Polizeipräsidium einzudringen. Auch von der Straße aus setzten sie sich mit der Besatzung in Verbindung, um sie zur Uebergabe des Gebäudes zu veranlassen. Die Verhandlungen verliefen natürlich ergebnislos.

Die Streikbewegung im Reich.

Die Situation in Leipzig ist überaus ernst und die Spannung nimmt stündlich zu. Einmal ist die Frage der Lebensmittellieferung für die nächsten Tage sehr zweifelhaft geworden, denn die regierungstreuen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter weigern sich, Lebensmittel nach Leipzig zu befördern. Der Streikleitung kommt es hauptsächlich darauf an, Geld zu erhalten. Sie hat deswegen mit den Banken verhandelt, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Diese Tatsache gibt Anlaß zu glauben, daß Leipzig am Vorabend ernster Ereignisse steht, da ein Putz auf die Banken und das Rathaus erwartet wird, wo die Unterstützungsgelder für die Arbeitslosenunterstützung deponiert sind.

Halle völlig von Regierungstruppen besetzt.

Nach den in Weimar eingetroffenen Nachrichten ist die gesamte Stadt Halle von Regierungstruppen besetzt worden. Der Generalkreis im mitteldeutschen Braunkohlengbiet ist stark im Abflauen.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag war noch geplündert worden, besonders in der Ulrich- und Leipziger Straße, wo die großen Konfektionsgeschäfte und Kaufhäuser gebrandschatzt wurden.

Generalmajor Maeder ließ bekanntmachen, daß nach 7 Uhr niemand mehr die Straßen betreten darf. Wer beim Plündern angetroffen wird, wird erschossen. Eine größere Anzahl von Plünderern ist bereits erschossen worden.

Der Aktionsausschuß des Halleschen Bürgerstreiks hat durch Anschlag die Bürger aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die sächsische Regierung will mit den Streikenden verhandeln.

Bei dem Dresdener Arbeiter- und Soldatenrat traf ein Telegramm der Dresdener Meuterei ein.

in welchem mitgeteilt wird, daß der Volksbeauftragte Schwarz mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig Verhandlungen bereit sei über die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens in Leipzig. Er geht zu diesem Zweck am Donnerstag zur Verfügung. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird um dringende Antwort ersucht. Unterzeichnet war das Telegramm vom Gesamtministerium Gradnauer.

Die Lage in Leipzig ist nach wie vor unverändert; es herrscht Ruhe.

Kleine Streiks im Ruhrgebiet.

Auf den Schachtanlagen von „Deutscher Kaiser“ in Hamborn befindet sich der größte Teil der Belegschaft wieder im Ausstand. Bei der Frühschicht sind von der 6000 Mann starken Belegschaft 5525 nicht angefahren. Grund: Forderung der Zurückziehung der Regierungstruppen, Einführung der 7½stündigen Arbeitszeit und sofortige Entlassung der bei den letzten Unruhen festgenommenen Spartakisten. Auf den Sechen Hamburg (Annen) und Franziska (Witten) sind die Belegschaften erneut in den Ausstand getreten. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich auf 5438 Mann.

Die Lage in Westthüringen

hat keine Abschwächung erfahren. Die Züge können Erfurt nicht erreichen, da die Strecke Neu-Dietendorf-Bieselbach verkehrsunfähig gemacht ist. Trotz des in Eisenach bestehenden Streiks können die Züge über Eisenach in Richtung Frankfurt a. M. und Kassel fahren. Der Drahtverkehr mit den mittelhüringischen Städten ist unterbrochen. In Südthüringen sind Streiks größerer Ausdehnung nicht zu befürchten.

Keine Einmischung in bayerische Angelegenheiten.

Das Presseamt des Münchener Zentralrats meldet aus Weimar, daß, wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt werde, die Reichsregierung in keiner Weise beabsichtigt, in die Gestaltung der bayerischen Verhältnisse einzugreifen, um die partikularistischen Reigungen nicht unnötig zu verstärken.

Der „Mephisto der Revolution“.

Der meistgehasste Mann in der Regierung war für die Spartakisten und Unabhängigen bisher der Reichswehrminister Noske. Er hat diese seine Stelle aber jetzt anscheinend abtreten müssen, und zwar an den Minister Landsberg, den Magdeburger Rechtsanwalt. Von diesem gab das frühere Mitglied der Reichsregierung Barth auf dem Parteitage der Unabhängigen folgende schöne Schilderung:

„Man redet immer von Ebert und Scheidemann. Diese sind aber nur Werkzeuge in der Hand des Landsberg, dieses Mephistos der Revolution. Dieser Landsberg besteht vom Scheitel bis zur Sohle aus Chauvinismus und Faschismus. Er ist fanatisch und roh und von einem großen Haß gegen das Proletariat erfüllt. Auch dieser Noske ist nur ein Hanswurst in der Hand des Landsberg. Dieser Noske hat nicht einen Schimmer von Sozialismus. Alles war Lug und Trug: mit Hindenburg haben sie hinter unserm Rücken einen Vertrag geschlossen; sie haben uns und das ganze deutsche Volk belogen. Aber fassen Sie einmal diese Vursen! Sie sind zusammengefaßt aus Bosheit und Dummheit, Gemeinheit und Niedertrachtigkeit. Nur damit halten sie sich so lange.“

Deutsches Reich.

Die Tarifierhöhung der Eisenbahn.

Wie bereits vor einiger Zeit mitgeteilt, ist auf den deutschen Eisenbahnen durch die allgemeine Verteuerung der Löhne und der Materialien eine Tarifierhöhung auf allen deutschen Eisenbahnen zum 1. April d. J. in Aussicht genommen worden. deren Einführung für Preußen und Hessen jedoch nur von der Zustimmung der preussischen Landesversammlung abhängig gemacht worden ist. Wegen der ungünstigen Verkehrsverhältnisse ist der Zusammentritt der preussischen Landesversammlung, der für den 4. März in Aussicht genommen war, auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Von gut unterrichteter Seite verlautet jedoch, daß die Erhöhung der Tarife unter allen Umständen zum 1. April vorgenommen werden wird.

Für das Räteystem in Braunschweig.

Bei der Urabstimmung der organisierten Arbeitergesellschaft der Stadt Braunschweig in der Frage des Räteystems wurden 3841 für sofortige und 3013 Stimmen für spätere Einführung des Räteystems in Braunschweig abgegeben. 116 Stimmen waren ungültig.

Die Stimmziffern beweisen, daß nur ein kleiner Bruchteil der Braunschweiger Arbeiterschaft abgestimmt hat.

Die Regelung der Regierungsgewalt in Bayern.

Die Regierungsgewalt liegt einstweilen noch beim Zentralrat und ist zusammengefaßt aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien, der freien Gewerkschaften sowie des Landesarbeiters, Soldaten- und Bauernrates. Von den früheren Ministern führen 4, deren Namen nicht genannt werden, die Geschäfte weiter. Es sollen Frauendorfer, Jaffe, Unterleitner und wahrscheinlich Kultusminister Hoffmann sein. Die Presse warnt andauernd vor sensationellen Tatsachen nachrichten der zahlreichen in München weilenden Berichterstatter.

Lebensmittelmangel in Mainz.

Der Ernährungszustand ist in Mainz auf einen solchen Punkt angekommen, daß das Minimum beinahe erreicht ist. Vor allem geht die Versorgung mit Milch und Fett einem katastrophalen Zustand entgegen. Im Hinblick darauf hat General Mangin das Eingreifen der französischen Behörden angekündigt, wenn die Pflichtlieferungen sich nicht heben, und den Kommunalverband zur Anwendung aller Mittel aufgefordert.

Die Rheinlande bis 1920 besetzt.

Im Unterhaus erklärte Churchill bezüglich der Abstimmung wegen Bewilligung von 2½ Millionen Mann für das Heer, daß der Anforderung infolge der augenblicklichen ungeklärten Verhältnisse stattgegeben werden müsse. Die Okkupationsarmee am Rhein dürfte bis Ende 1920 aufrechterhalten sein. An naber Aus-

Er scheint zu
oder durch

Nr.

Dei
D
Daß
Es

„Das i
Böses mu
muß jezt
Die Meute
zahlreichen
sturz vom
Bürger
tionsperio
23. und 24
größeren
Januar d.
Wellen da
Süd- und
erreichte d
21. Februar
die Berlin
Welle erg
Land haben
tistischen C
regung spr
4. März —
über Berl
Erden“. I
verflündete
lagerungs
steht sich
Verordnun
Bevölkerun
schlägen ei
zu bewahr
Splossen, f
Spandau r
Belagerun
Erfolg der
Monaten
rungszusta
Landgericht
Kriegsgeri
der Geschie
nötigt sehr
kämpften
Mitteln d
erhalten.
volutionsr
gelernt ha
die Volkss
die Lehren
Volkseele
der Septem
hätte dann
Die ungeh
nrieben, d
Bürgerkrie
espart ge
im Besig
Monarchie